

„Und so werden wir das Neue Jahr damit beginnen, auf der Basis der [Berliner Erklärung](#) und dem Statement „[Solidarität ist keine Sonntagsrede](#)“ ein landesweites Netz aufzubauen, mit dem wir uns geeint und engagiert gegen Autoritarismus und für eine Offene Gesellschaft einsetzen werden.“

(aus unserem letzten newsletter)



Angestossen durch die Enthüllungen des [correctives](#), entwickelt sich die Lage im Jahr 2024 dynamisch und hoffnungsvoll: Die neue Bewegung gegen rechte Vertreibungsfantasien lässt den Aufbau eines landesweiten Netzwerks gegen Autoritarismus und für eine Offene Gesellschaft als ein realistisches Projekt erscheinen. Dazu und zu anderen Entwicklungen in unserer Arbeit dieser erste newsletter in 2024. Viel Spaß damit!

Und nicht vergessen: [Mitglied werden!](#)

Wir ist Plural!

Das Potsdamer Treffen von hochrangigen AfD-Politiker:innen, Mitgliedern der Werte-Union, bekennenden Neonazis und finanzstarken Unternehmern war der Weckruf für eine beeindruckende zivilgesellschaftliche Mobilisierung gegen die Pläne der AfD und zur Verteidigung der Demokratie. Wir sind froh über diesen Schulterschluss aller demokratischen Parteien gegen einen völkischen Nationalismus, wie ihn die AfD propagiert. Aber sind wir uns der Normalität der rassistischen Ausgrenzung gewahr, die die AfD so stark hat werden lassen? Ziehen wir die Brandmauer zur AfD hoch genug, um diejenigen unter uns zu schützen, die hier Schutz suchen? Welche Faktoren haben dazu geführt, dass die öffentliche Debatte um Flucht und Asyl in Inhalt und Sprache den Diskurs der AfD aufgegriffen hat? Und was macht das mit denjenigen, die auf diese Weise in den Fokus der öffentlichen Debatte gerückt werden?

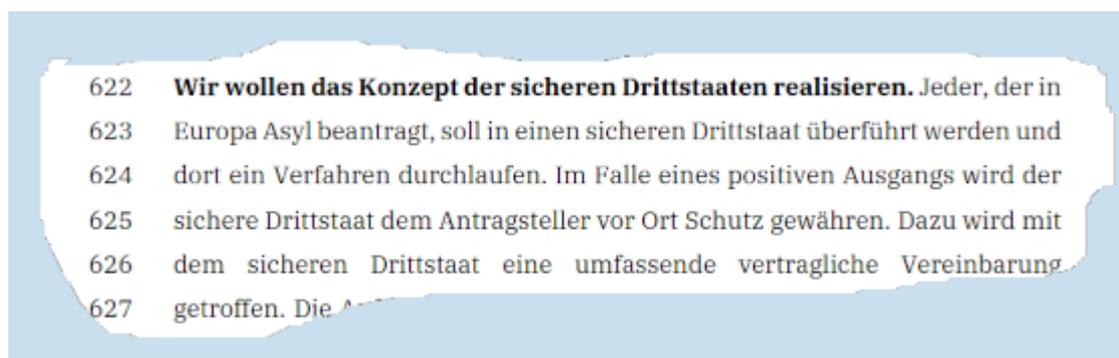


Hierfür haben wir am 02. März Stimmen aus der migrantischen Zivilgesellschaft zur Verteidigung der Offenen, der Migrationsgesellschaft auf die Cumberlandische Bühne ins Schauspiel Hannover eingeladen. Neben **Berenice Böhlo (RAV / ex-#unteilbar)** und **Bernd Kasperek (transforming solidarities / Berliner Erklärung)** sollen uns **Aktive aus der Zivilgesellschaft Niedersachsens** in postmigrantischer Vielstimmigkeit ermutigen und uns ein Kompass in stürmischen Zeiten sein.

[Zur Veranstaltung](#)

Verteidigt das Asylrecht! Kommt zur CDU-Regionalkonferenz nach Hannover!

Am morgigen Mittwoch, den 28. Februar, diskutiert die CDU- Regionalkonferenz in Hannover einen Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm. Mit diesem Programmentwurf begeht die CDU einen Tabubruch: Erstmals seit Verabschiedung des Grundgesetzes stellt sie das Asylrecht grundsätzlich in Frage. Wir rufen dazu auf, das Grundrecht auf Asyl am 28. Februar um 17.30 Uhr auf dem Theoder-Heuss-Platz vor dem Hannover Congress Centrum und der dortigen CDU-Regionalkonferenz zu verteidigen.



[Weiterlesen](#)

Verfassungsfeinde nicht nur bei der AFD

Das am 18. Januar verabschiedete, euphemistisch mit „Rückführungsverbesserung“ betitelte Gesetz zur Verschärfung der Abschiebungspraxis enthält neben der inakzeptablen Verlängerung des sog. „Ausreisegewahrsams“ von 10 auf 28 Tage, sowie der verfassungswidrigen Verlängerung von Leistungskürzungen für Asylsuchende und

Geduldete von 18 auf 36 Monate auch die verfassungsrechtlich problematische Durchsuchung der Räume unbeteiligter Dritter zwecks Abschiebung. Und wäre das nicht genug, hat die Bundesregierung 2023 mit der [Zustimmung zur GEAS-Verordnung](#) erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik zugestimmt, dass zukünftig Schutzsuchende ohne eine inhaltliche Prüfung ihres Asylantrags in Länder abgeschoben werden können, die weder die Genfer Flüchtlingskonvention noch die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet haben. Verfassungsfeinde finden sich nicht nur bei der AFD, sondern auch in der Regierung.

[Weiterlesen](#)

Produktion eines "Unterbringungsnotstands"

Veranstaltung mit **Gesine Schwan** und **Hannes Schammann**

Unter dem Titel „Asylrecht verteidigen! Perspektiven einer Offenen Gesellschaft“ hatten wir am 07. Februar Gesine Schwan und Hannes Schammann zu Gast im Conti-Hochhaus Hannover. Beide stellten sich den Fragen, Welche Faktoren im Herbst 2023 dazu führten, dass republikweit ein "Unterbringungsnotstand" bei der Aufnahme von Asylsuchenden konstatiert wurde, und wie sich im Rahmen eines intelligenten "matching" die Interessen der Schutzsuchenden und die Möglichkeiten der Kommunen verbinden lassen. Schammanns Resümee: Machtasymetrien prägen und bestimmen die Frage, wer "überfordert" ist und "Hilfe braucht". Die anhaltende Debatte über ein angebliches "Versagen" der Politik sei Gift für die Legitimität des politischen Systems.



[Bericht und Link zu den Videos](#)

Spenden

Mitglied werden!



Du erhältst diese Mail weil Du dich in der [Fluchtliste](#) eingetragen habe.

Flüchtlingsrat Niedersachsen
Röpkestr. 12 | 30173 Hannover